

01.02.2015 - Ungleichheit der Lebenseinkommen verdoppelt

DIW-Studie vergleicht Jahrgänge von 1935 bis 1972

von Jochen Gester

Wenn ich mich umschaue in meinem sozialpolitischen Umfeld, stelle ich fest, dass kaum jemand noch eine klassische Erwerbsbiografie vorweisen kann. Nicht wenige werden später froh sein, dass es eine Grundsicherung gibt, auch wenn es nur eine Art Hartz IV im Alter ist. Die statistischen Zahlen suggerieren einem jedoch seit Jahren, dies sei keinesfalls repräsentativ für die Gesamtheit der Erwerbstätigen. Auf jeden Fall nicht für die, die bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. So vermeldete das Statistische Bundesamt 2014, lediglich 3,2% der über 65jährigen in Westdeutschland und nur 2,1% der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner müssten eine Grundsicherung in Anspruch nehmen. «Das kann nicht so bleiben», denkt man sich dabei.

Eben dies wird jetzt durch eine Studie des DIW erstmals mit Zahlen unterfüttert. Die vorliegende Studie dokumentiert Höhe, Entwicklung und Ungleichheit von Lebenserwerbseinkommen für die Gruppe der sozialversicherungspflichtigen, westdeutschen männlichen Arbeitnehmer der Geburtsjahrgänge 1935?1972. Die Grundlage bilden Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund. Zur Berechnung werden die Lebenseinkommen vom 17. bis zum 60. Lebensjahr aufsummiert.

Die mit dem Gini-Koeffizienten gemessene Ungleichheit der Jahreseinkommen folgt im Lebenszyklus einem U-förmigen Verlauf. Zu Beginn ist die Ungleichheit am größten, da zu diesem Zeitpunkt viele noch nicht arbeiten und kein Einkommen erzielen.

In der folgenden Phase zunehmender Erwerbstätigkeit sinkt die Ungleichheit bis auf ihr niedrigstes Niveau im 30. Lebensjahr, um dann wegen unterschiedlicher Wachstumsraten wieder auseinanderzudriften. Durch unterschiedliche Zeitpunkte beim Austritt aus dem Erwerbsleben ? z.B. durch Frühverrentung, Vorruhestand, Altersteilzeit ? wächst sie dann noch einmal, so dass dann ein «U» entsteht.

Sozialer Aufstieg immer schwieriger

Die bedeutendste Aussage der Studie ist, dass sich die Ungleichheit in den bis zum Alter von 40 Jahren erzielten Lebenseinkommen im Vergleich der Jahrgänge 1935 und 1972

verdoppelt hat. Da in der Studie nur männliche Erwerbstätige berücksichtigt wurden, ist davon auszugehen, dass die Spreizung bei Einbeziehung der weiblichen Beschäftigten in Wirklichkeit viel größer ist.

Als Ursache für die wachsende Ungleichheit benennen die Autoren der Studie, Timm Bönke und Holger Lüthen, zwei Entwicklungen.

Erstens: Personen mit niedrigem Einkommen sind immer häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. Die durchschnittliche (registrierte) Erwerbslosigkeit bis zum 40. Lebensjahr steigt von 5 Monaten bei den älteren Jahrgängen bis auf 40 Monate bei den jüngeren. Für die höheren Einkommen gilt es solche Einbrüche nicht. Hier gibt es nach wie vor eine große Kontinuität in den Erwerbsbiografien.

Zweitens: Es gibt eine zunehmende Spreizung der Einkommen. Die Wissenschaftler führen 20?40% der wachsenden Ungleichheit auf differierende Erwerbszeiten und 60?80% auf das Auseinanderdriften der Löhne und Gehälter zurück. Doch nicht nur das Auseinanderdriften der im Erwerbsleben erworbenen Ansprüche auf ein Alterseinkommen lässt eine neue Zwei-Klassen-Gesellschaft im Alter entstehen. Es gibt auch eine Vermögensspreizung. Waren die angesparten Vermögen des Jahrgangs 1935 noch relativ gleichmäßig verteilt, so kann davon bei den jüngeren Jahrgängen nicht mehr die Rede sein. Insbesondere Lohnabhängige im expandierenden Niedriglohnsektor werden ihrem Nachwuchs nichts mehr hinterlassen können. Bönke und Lüthen machen darauf aufmerksam, dass diese Zahlen gerade in Deutschland politischen Sprengstoff enthalten, da hierzulande das Elternhaus und seine ökonomische Potenz eine entscheidende Rolle für den Bildungserfolg der Kinder hat.

Resümee der Autoren: «Ein Aufstieg in die oberen Ränge der Vermögensverteilung aus eigener Anstrengung wird damit immer schwieriger.» Was tun? Bönke und Lüthen: «Möchte die Politik auf diese Entwicklung reagieren», seien mehrere Maßnahmen denkbar. Sie könne über Steuern und Transferleistungen eingreifen. Ansonsten sollte die Politik über das öffentliche Bildungssystem Voraussetzungen schaffen, dass berufliche Erfolge «möglichst unabhängig vom Elternhaus» möglich sind.

Angesichts der erdrückenden Mehrheit der Agenda-2010-Parteien im Bundestag ist gegenwärtig davon auszugehen, dass die Politik «nicht möchte». Daran dürfte sich erst etwas ändern, wenn der zur Altersarmut verdonnerte Teil der nachwachsenden Generationen sich von der verbreiteten «Kopf-in-den-Sand»-Haltung verabschiedet und



Sozialistische Zeitung

Regentenstr. 57–59 · D-51063 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax (02 21) 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de · www.sozone.de

diese Frage in der politischen Agenda ganz nach oben katapultiert. So lange wird man wohl auch auf brauchbare gewerkschaftliche Positionen in der Rentenpolitik warten müssen.